
Mehr Freiheit – mehr Demokratie – mehr Gerechtigkeit

Positionen von Gerhard Schröder zur bisherigen und zukünftigen Politik*



Gerhard Schröder, geb. 1944 in Mossenberg, ist Bundeskanzler und Bundesvorsitzender der SPD, MdB.

Frage: Es gibt in Deutschland weit verbreitete latente Zweifel an der sozialen Gerechtigkeit, die im Verlauf der vergangenen Jahre kaum geringer geworden sind. Sie beziehen sich auf viele Einzelaspekte, etwa die Bildungspolitik, die Sicherheit der Arbeitsplätze, die Leistungsgerechtigkeit. Insbesondere die SPD hat sich immer in erster Linie als Partei der sozialen Gerechtigkeit verstanden und präsentiert. Ist sie und ist die von ihr geführte Bundesregierung diesem Selbstverständnis in der abgelaufenen Legislaturperiode gerecht geworden und welche Pläne gibt es diesbezüglich für eine mögliche weitere Amtszeit?

Gerhard Schröder: Die SPD ist seit ihrer Gründung die Partei der Freiheit, des Friedens, der gesellschaftlichen Erneuerung und der sozialen Gerechtigkeit. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Und ich stehe dafür, dass das so bleibt. Mehr soziale Gerechtigkeit wird es in unserem Land nur mit den Gewerkschaften und der SPD geben. Das ist doch gerade den Gewerkschaften und den Arbeitnehmern zwischen 1982 und 1998 bewusst geworden. Wir haben die Politik der sozialen Kälte gestoppt und wieder für mehr Gerechtigkeit gesorgt. Auch das steht am 22. September auf dem Spiel. In Deutschland müssen wir ein Zeichen gegen das Erstarken der politischen Rechten setzen. Denn die aktuellen Beispiele in anderen europäischen Ländern und unsere eigene Geschichte lassen erkennen, dass die Rechten den Sozialstaat demontieren und Arbeitnehmerrechte abbauen will.

Für mich hat Gerechtigkeit viel mit der Teilhabe am Erwerbsleben zu tun. Deshalb müssen wir alle Kräfte so bündeln, dass neue Arbeit entstehen kann, damit mehr Menschen Chancen auf einen neuen Job und eine selbstbestimmte Lebensführung haben.

Gerecht ist für mich, jungen Menschen Chancen auf eine Berufsausbildung und den Einstieg in den Job zu geben. Wir haben mit unserem JUMP-Programm mehr als 400.000 Jugendlichen eine neue Perspektive verschafft.

* Die von der Redaktion schriftlich gestellten Fragen wurden am 19. Juli 2002 beantwortet.

Viele von ihnen hatten ihre Hoffnung, im Arbeitsmarkt jemals Fuß fassen zu können, doch schon aufgegeben. Wir haben diese jungen Menschen nicht abgeschrieben. Wir haben uns um sie gekümmert und 30.000 Jugendliche durch Arbeit und Qualifizierung für eine Ausbildung fit gemacht. 40.000 Jugendliche - der Großteil von ihnen in Ostdeutschland - haben eine außerbetriebliche Ausbildung beginnen können. Hier gleichen wir mit JUMP fehlende betriebliche Angebote aus. Das ist sozialdemokratische Politik. Und darauf bin ich stolz.

Gerecht ist auch, umfassende Arbeitnehmerrechte zu sichern: Deshalb haben wir die Einschnitte der Kohl-Ära beim Kündigungsschutz und bei der Lohnfortzahlung beseitigt und die Betriebsverfassung reformiert. Übrigens alles Fortschritte, die die anderen, die ja wieder mit dem Personal aus der Kohl-Zeit antreten, rückgängig machen wollen. Und weil Arbeitnehmer selbst am besten wissen, was sie wollen, haben wir einen Rechtsanspruch auf Teilzeitbeschäftigung eingeführt. Seitdem gibt es rund 300.000 Teilzeitbeschäftigte mehr. Hiervon haben insbesondere Frauen profitiert.

Gerechtigkeit am Arbeitsmarkt umfasst auch Aspekte, die in der Öffentlichkeit weniger wahrgenommen werden. So haben wir allen Arbeitslosen das Recht eingeräumt, über das Arbeitsamt Grundkenntnisse der Internetnutzung zu erwerben. Und damit alle dieses Wissen auch bei der Jobsuche nutzen können, gibt es in den Arbeitsämtern einen freien Internetzugang. Denn wir können es nicht zulassen, dass die einen von den Möglichkeiten neuer Technologien profitieren, während andere von deren Nutzung ausgeschlossen sind. Wie gerecht es in einer Gesellschaft zugeht - das ist in der Frage bereits angeklungen -, zeigt sich auch am Zugang zu Bildung und Ausbildung. Eine zukunftsfähige Bildungspolitik hat die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass alle Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft und den Einkommen die Bildungsangebote wahrnehmen können, die ihren Interessen und Fähigkeiten entsprechen. Wir haben deshalb die Ausbildungsförderung endlich auf eine solide Grundlage gestellt und gegenüber 1998 um fast 50 Prozent erhöht.

Eine gerechte Gesellschaft setzt Prioritäten für Familien. Die materielle Basis in der Familienförderung haben wir seit 1998 massiv verbessert. Ich nenne nur das Steuerrecht, das Kindergeld und das Erziehungsgeld. Nun geht es darum, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherzustellen. Denn es ist nicht gerecht, wenn sich eine Frau aus Jobzwängen gegen Kinder entscheiden muss oder mit Kindern nur noch eingeschränkte Chancen auf dem Arbeitsmarkt hat. Genau hier setzen wir in der nächsten Legislaturperiode mit dem Ausbau von Ganztagsbetreuung und Ganztagschulen an. Ich weiß, dass ich hier mit dem DGB an einem Strang ziehe.

Eine krasse Gerechtigkeitsverzerrung erkennen viele auch in einer unzureichenden Besteuerung von Vermögen und großen Unternehmen, die die bereits bestehende Spaltung zwischen Arm und Reich zumindest festigt. Wie wollen Sie da Abhilfe schaffen?

Was haben wir bei Regierungsantritt denn vorgefunden? CDU/CSU und FDP hatten uns die höchste Arbeitslosigkeit, die höchste Steuer- und Abgabenbelastung und ein Steuersystem mit unzähligen Ausnahmen für Besserverdienende hinterlassen. Niemals zuvor waren die sozialen Gegensätze so krass. Niemals zuvor ist das Prinzip der Gerechtigkeit in Deutschland brutaler mit Füßen getreten worden. Wir haben damit begonnen, das in Ordnung zu bringen und werden das auch fortsetzen. Ich kann nur davor warnen, jetzt denen aus Union und FDP auf den Leim zu gehen, die sich einen Schafspelz umgeworfen haben und sich als Gralshüter sozialer Gerechtigkeit inszenieren.

Im Übrigen gilt: Niemand zahlt gern Steuern. Aber zur Finanzierung unseres Gemeinwesens, zur Finanzierung von Straßen, Schulen, Schwimmbädern und nicht zuletzt von sozialer und innerer Sicherheit, ist es erforderlich, dass der Staat über die notwendigen Mittel ver-

fügt. Aufgabe der Politik ist es, sparsam mit diesen Mitteln umzugehen und sicherzustellen, dass jeder gemäß seiner Leistungskraft zur Finanzierung beiträgt. Das ist der Maßstab unserer Steuerpolitik. Und da ist es völlig klar, dass diejenigen mit den breiteren Schultern auch mehr tragen müssen als andere. Die Frage ist also, wer welche Last trägt.

Hier gibt es Missverständnisse. Bei der Einkommensteuer ist es zum Beispiel so, dass die oberen 50 Prozent der Steuerpflichtigen mehr als 90 Prozent des Steueraufkommens bezahlen. Betrachtet man nur die oberen 10 Prozent, so tragen sie rund 53 Prozent des Gesamtaufkommens. Hier kann ich keine strukturelle Steuerungerechtigkeit sehen. Und bei der Einkommensteuer haben wir den Eingangsteuersatz massiv gesenkt, von 25,9 Prozent vor vier Jahren auf jetzt 19,9 Prozent. Bis 2005 werden wir bei 15 Prozent liegen. Davon profitieren vor allem Arbeitnehmer mit kleineren und mittleren Einkommen.

Was die Besteuerung privater Vermögen angeht, halte ich diesen Ansatz nicht für geeignet, weil Vermögen aus bereits versteuertem Einkommen stammt. Aber jährliche Erträge, die aus diesem Vermögen entstehen, werden natürlich besteuert. Auf diesem Weg tragen Vermögen zur Finanzierung des Gemeinwesens bei. Im Übrigen sollte nicht vergessen werden, dass wir bereits am Anfang der Legislaturperiode viele Möglichkeiten, sich durch Abschreibungen steuerlich arm zu rechnen, beseitigt haben. Diese Schlupflöcher haben hohe Einkommen begünstigt. Wir haben sie gestopft. Auch das war ein Beitrag zu mehr Steuergerechtigkeit.

Was die Besteuerung von Großunternehmen betrifft: Entgegen manchen falschen Behauptungen zahlen Großunternehmen sehr wohl Steuern in Deutschland. Denn unabhängig von der Größe eines Unternehmens müssen Gewinne nach Recht und Gesetz versteuert werden. Die Körperschaftsteuereinnahmen zeigen insgesamt jedenfalls eine deutlich steigende Tendenz. Davon zu trennen ist die Steuerfreistellung, wenn Kapitalgesellschaften Beteiligungen veräußern. Wir haben das gemacht, damit die Erlöse investiert werden und dadurch neue Arbeitsplätze entstehen. Genau um diesen Effekt geht es und nur dann sind sie steuerfrei. Denn werden die Gewinne ausgeschüttet, müssen sie selbstverständlich versteuert werden. Im Grunde handelt es sich also um eine Stundung von Steuern.

Die strukturelle Reform der Bundesanstalt für Arbeit einmal beiseite gelassen - mit welchen inhaltlich-politischen Konzepten wollen Sie der Massenarbeitslosigkeit in einer zweiten Amtszeit begegnen?

Erst einmal: Wir sind beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit vorangekommen. Bei weitem noch nicht so, wie ich mir das und wie wir uns alle das erhofft hatten. Aber die schwere Weltwirtschaftskrise und dann die Folgen der Terroranschläge vom 11. September haben die deutsche Wirtschaft empfindlich getroffen und uns beim Abbau der Arbeitslosigkeit wieder zurückgeworfen. Allerdings hat sich strukturell etwas getan: Die Sockelarbeitslosigkeit ist erstmals gesunken. Wir starten also mit weniger Arbeitslosen in den Aufschwung als vor Beginn der Krise. Und die deutschen Unternehmen sind wettbewerbsfähig wie nie zuvor. Das wird sich in den nächsten Monaten auch auf den Arbeitsmarkt auswirken.

Sicherlich ist wirtschaftliches Wachstum eine wichtige Voraussetzung für einen deutlichen Abbau der Arbeitslosigkeit. Wir haben durch Steuerreform, Haushaltskonsolidierung und die Senkung der Lohnnebenkosten hierfür die Voraussetzungen geschaffen. Wir haben dadurch die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gestärkt und für die privaten Haushalte die verfügbaren Einkommen gesteigert. Wir haben also sowohl auf der Angebots- wie auf der Nachfrageseite mit unserer Politik angesetzt. Das werden wir fortsetzen, nicht zuletzt um die Binnennachfrage weiter zu stimulieren. Hier spüren wir nach der schweren Weltwirtschaftskrise immer noch Kaufzurückhaltung. Aber mit der nächsten Stufe der Steuer-

entlastung im kommenden Jahr wird auch der inländische Konsum wieder deutlicher anziehen.

Unsere Politik ist bestrebt, sich nicht jener groben Vereinfachung schuldig zu machen, mit der andere auf Stimmenfang gehen. Dieses alte Entweder-Oder, man müsse entweder angebots- oder nachfrageorientierte Politik machen, haben wir souverän überwunden. Auch Löhne sind übrigens Kosten und Einkommen zugleich, auch Produktivitätsfortschritt ist Abbau und Aufbau von Arbeitsplätzen zugleich, auch Haushaltskonsolidierung ist Sparen und Investieren zugleich - ich bin sehr dafür, das Niveau der politischen Auseinandersetzungen nicht hinter den gesunden Menschenverstand zurückfallen zu lassen. Deshalb erkenne ich selbstverständlich auch an, dass es nicht nur eine beschäftigungspolitische Verantwortung der Wirtschaft, sondern auch des Staates gibt.

Wir haben deswegen die öffentlichen Investitionen erheblich ausgeweitet – und zwar in Bildung, Forschung, Umwelt, Infrastruktur, Aufbau Ost. Wir haben den Solidarpakt II durchgesetzt, wir verwirklichen ein 90-Milliarden-Euro-Programm für eine moderne Verkehrsinfrastruktur, wir sorgen für mehr Ganztagsbetreuung.

Diese Aufgaben kann der Staat aber nur erfüllen, wenn er dazu in der Lage ist. Union und FDP wollen den radikalen Abbau der Staatsquote. Sie wollen Entstaatlichung und den Staat arm und handlungsunfähig machen. Ich halte das geradezu für gemeingefährlich.

Wir wollen dagegen in der Arbeitsmarktpolitik die erfolgreichen Maßnahmen fortsetzen. Das Programm gegen Jugendarbeitslosigkeit JUMP habe ich bereits genannt. Und für Regionen mit besonderen Problemen - wie zum Beispiel im Osten - entwickeln wir zusätzlich unser JUMP-Plus-Programm: Bereits seit dem 1. Juli 2002 gibt es eine Teilzeithilfe für junge Menschen. In der nächsten Legislaturperiode werden wir 100.000 zusätzliche Arbeitsplätze für Jugendliche in Beschäftigungsfeldern des gesellschaftlichen Bedarfs - wie Soziales oder Kultur - schaffen. Denn wir wissen, dass es im Osten vor allem an der zweiten Schwelle, dem Übergang von der Ausbildung in den Beruf, besondere Probleme gibt. Dagegen werden wir etwas tun. Nach Schule und Ausbildung soll kein junger Mensch in die Arbeitslosigkeit fallen. Unser Job-Aktiv-Gesetz bietet zudem die Möglichkeit, dass die Arbeitsämter nicht nur diejenigen, die bereits arbeitslos geworden sind, bei der Suche nach einer neuen Beschäftigung unterstützen. Durch frühzeitige Förderung der Weiterbildung von Noch-Beschäftigten kann das Entstehen von Arbeitslosigkeit verhindert werden.

Aber dabei belassen wir es nicht. Die von der Bundesregierung eingesetzte Kommission zur Reform des Arbeitsmarktes unter der Leitung von Peter Hartz leistet ausgezeichnete Arbeit. Die von ihr entwickelten Vorschläge sind eine große Chance für eine neue und gerechte Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Die weit reichenden Vorschläge haben schon jetzt bei Fachleuten und in der Öffentlichkeit großen Anklang gefunden.

Wir müssen noch viel mehr daran setzen, die über eine Million offenen Stellen so schnell wie möglich zu besetzen. Vermittlung muss rascher erfolgen und effizienter werden. Darum geht es bei der Vereinfachung und Entbürokratisierung. Ich sehe hier auch die Arbeitgeber in der Pflicht, offene Stellen schneller und umfassender bei den Arbeitsämtern zu melden.

Das gewachsene und bewährte System der Kranken- und Rentenversicherung in Deutschland gerät nicht zuletzt wegen der demographischen Entwicklung unter Druck. Wie kann seine Reform aussehen, gerade unter den eben erörterten Gerechtigkeitsgesichtspunkten?

In der Krankenversicherung gibt es zwei Entwicklungen, die die Beiträge unter Druck bringen können und sich dabei zum Teil wechselseitig verstärken. Die demographische Entwicklung führt dazu, dass die tendenziell höheren Behandlungskosten für ältere Menschen weiter zunehmen.

Über diese Entwicklung sollten wir uns jedoch freuen, denn ein verbesserter Gesundheitszustand der Bevölkerung und ein höheres Durchschnittsalter der Bevölkerung sind auch Erfolge der Gesundheitspolitik. Ich wehere mich auch dagegen, die steigende Zahl älterer Menschen als Bedrohung der Krankenversicherung zu betrachten. Vielmehr geht es darum, die Gesundheit gerade der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger vorbeugend zu verbessern. Darum halte ich es für so wichtig, die Prävention von Gesundheitsschäden in den Vordergrund der Gesundheitspolitik zu rücken. Bei der Krankheitsbekämpfung müssen wir Qualität, Effizienz und Evidenz sichern und dabei auch die Instrumente des Wettbewerbs nutzen.

Im Unterschied zur Opposition halten wir am bewährten Solidarprinzip fest. Es bleibt bei der paritätischen Finanzierung des Gesundheitssystems. Alle müssen einen gleichen Leistungsanspruch unabhängig vom Geldbeutel des Einzelnen behalten. Was medizinisch notwendig ist, muss gemacht werden, egal wie viel jemand verdient. Das ist für mich auch eine Frage sozialer Gerechtigkeit. Gerade weil nicht vorhersehbar ist, wann und in welchem Ausmaß jeder Einzelne Gesundheitsleistungen in Anspruch nehmen muss, können wir es nicht zulassen, dass Risiken privatisiert werden.

Genau das macht ja auch den Unterschied zur Rente aus. Während der Leistungsfall bei der Gesundheit eben nicht vorher feststeht, sind bei der Rente sowohl der Zeitpunkt des Übergangs vom Erwerbsleben in die Rente als auch die Rentenhöhe viel leichter zu planen.

Deswegen kann man für das Alter ganz anders Vorsorge treffen. Darum war es in der gesetzlichen Rentenversicherung sinnvoll, neben das Umlageverfahren eine zusätzliche private und eine gestärkte betriebliche Säule zu stellen.

Mit Aufbau und Förderung der kapitalgedeckten Altersvorsorge haben wir Neuland betreten. Aber dieser Schritt war notwendig, und er ist zukunftsweisend für die langfristige Sicherung der Altersvorsorge. Durchschnittsverdienern sowie Familien mit Kindern helfen wir durch staatliche Förderung beim Aufbau ihrer privaten Altersvorsorge. Unsere Vorgänger haben das Rentenniveau gekürzt. Das war unanständig. Wir dagegen schließen die Versorgungslücke zur Sicherung des Lebensstandards im Alter. Das halte ich für vernünftig und sozial gerecht.

Es hat den Anschein, dass einige gesellschaftliche Gruppen, z.B. Arbeitslose, Niedrigqualifizierte, Jugendliche ohne Ausbildung, sich weder von der SPD noch von den Gewerkschaften hinreichend vertreten sowie von der Bundesregierung nicht angemessen berücksichtigt fühlen. Lässt sich das ändern und wenn ja, wie?

Ich habe viel Verständnis dafür, dass sich Menschen, gerade auch junge Menschen, allein gelassen fühlen, wenn sie über längere Zeit erfolglos einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz suchen. Wo die SPD politische Verantwortung trägt, gehört es zu ihren wichtigsten Anstrengungen zu verhindern, dass Menschen ausgegrenzt werden.

Gerade die Sorgen von Jugendlichen ohne Ausbildung werden von uns sehr ernst genommen. Deshalb haben wir zusammen mit Gewerkschaften und der Wirtschaft im Bündnis für Arbeit den Ausbildungskonsens verabredet, mit dem wir es in den vergangenen beiden Jahren geschafft haben, dass es mehr Ausbildungsstellen als Bewerber gab.

Bei den Geringqualifizierten haben wir eine besondere Situation. Das hat damit zu tun, dass wir seit Jahren einen Wandel der Berufswelt hin zu höherqualifizierten Anspruchsprofilen erleben. Aber auch Geringqualifizierte haben von der insgesamt positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt seit 1998 profitiert. Die Zahl Arbeitsloser ohne Berufsausbildung ist allein bis 2001 um acht Prozent zurückgegangen.

Dazu hat auch beigetragen, dass wir die Arbeitsmarktpolitik konsequent darauf ausgerichtet haben, wie wir Arbeitslose durch geeignete Qualifizierungsmaßnahmen wieder in den ersten Arbeitsmarkt vermitteln können. Wir wollen die Maßnahmen und Programme für die genannten Gruppen fortsetzen. Und wir wollen sie ausweiten, wenn die finanziellen Voraussetzungen dies zulassen. Mir geht es darum zu verhindern, dass ganze Gruppen aus dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden. Das hat es unter Kohl gegeben, wie wir uns erinnern. So etwas darf sich nicht wiederholen.

Die Gleichstellungspolitik ist kaum voran gekommen, das Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft ist vom Tisch. Wie verträgt sich das mit zahlreichen politischen und programmatischen Bekundungen von Regierungsparteien und Regierung und mit dem Werben um die Stimmen der Wählerinnen?

Tut mir Leid, ich kann diese Bewertung überhaupt nicht teilen. Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist für die Bundesregierung keineswegs vom Tisch. Sie ist und bleibt ein bedeutendes gesellschaftspolitisches Reformvorhaben. Daran haben wir in der laufenden Legislaturperiode erfolgreich gearbeitet und daran werden wir auch in Zukunft weiter arbeiten. Ich bin überzeugt: Das nächste Jahrzehnt wird das Jahrzehnt der Frauen am Arbeitsmarkt. Schon heute sprechen viele bereits von der Feminisierung der Arbeit.

Für die Bundesverwaltung haben wir ein beispielhaftes Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern geschaffen und damit ein wichtiges Signal gesetzt.

Mit den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft haben wir die Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft vereinbart. Das war ein entscheidender Schritt. Die Vereinbarung setzt auf die Eigeninitiative der Wirtschaft, um die Chancengleichheit von Männern und Frauen zu verwirklichen. Betriebsräte und Gewerkschaften sind gefragt, wenn es um die Unterstützung und Gestaltung der Gleichstellungspolitik in den Unternehmen geht. Die neuen gleichstellungspolitischen Regelungen im Betriebsverfassungsgesetz sind hierfür eine gute Grundlage. Die Umsetzung der Vereinbarung wird durch eine hochrangige Gruppe aus Bundesregierung und Wirtschaft kontrolliert.

Sollten die notwendigen Erfolge bei der Gleichstellung von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft ausbleiben, werden wir gesetzliche Regelungen treffen.

Aber Gleichstellungspolitik bedeutet nicht nur, dass man Gesetze oder Vereinbarungen für die Gleichstellung im Beruf vorantreibt. Die Gleichstellung von Frauen und Männern muss in allen Lebensbereichen erfolgen.

Wir haben zum Beispiel durch die verstärkte Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten die eigenständige Alterssicherung von Frauen verbessert. Mit den neuen Regelungen bei Erziehungsgeld und Elternzeit haben Mütter und Väter jetzt mehr Gestaltungsfreiheit. Und den Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit haben wir nicht zuletzt deshalb eingeführt, um Frauen mit Kindern mehr Sicherheit zu geben.

Das „Bündnis für Arbeit“ war eines der wichtigsten Politikelemente in der abgelaufenen Legislaturperiode. Hat es die Erwartungen und seinen Zweck erfüllt? Wird es weitergeführt werden? Wird es verändert werden müssen?

Das Bündnis für Arbeit war richtig, und es bleibt richtig. Aber eins ist doch klar: Man kann im Bündnis nur das verabreden, wozu die Bündnispartner auch bereit sind. Dennoch, daran kann es keinen Zweifel geben, hat das Bündnis für Arbeit zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit in Deutschland beigetragen. Und vor dem Wahlkampf hat die Arbeitgeberseite das im Übrigen auch so gesehen - ich erinnere an die gemeinsame Erklärung von BDA und DGB aus dem Sommer 2001. Dort wurde der Anstieg der Erwerbstätigen um mehr als 625.000 Personen im Jahr 2000 dem Bündnis zugeschrieben.

Auch sonst hat das Bündnis einiges an Erfolgen vorzuweisen. Ich erwähne nur den Ausbildungskonsens, der die Trendumkehr bei den Ausbildungsstellen gebracht hat. Mit der „Qualifizierungsoffensive“ haben wir Weiterbildung im Sinne eines lebensbegleitenden Lernens den notwendigen Stellenwert gegeben. In einer von mir geführten neuen Bundesregierung wird es darum auch weiterhin ein Bündnis für Arbeit geben. Es wird sich mit dem Abbau von Überstunden, der Verbesserung von Teilzeitarbeit und der Entwicklung familienfreundlicher Arbeitszeiten zu beschäftigen haben.

Es gibt Stimmen aus Wirtschaft und Wissenschaft, die gravierende Eingriffe in das Flächentarifvertragssystem oder gar seine Abschaffung vorschlagen und fordern. Wie ist Ihre Position dazu?

Unser Flächentarifsystem hat sich in den vergangenen Jahrzehnten bewährt. Regelungen des Arbeitsentgelts und der Arbeitszeit auf die betriebliche Ebene zu verlagern, würde die zwingende Wirkung von Tarifverträgen aufheben und damit die Tarifautonomie aushöhlen. Die Möglichkeit, Tarifbedingungen in einer Betriebsvereinbarung zu unterschreiten, würde das Tarifgefüge insgesamt gefährden und zu einem Wettlauf nach unten führen. Eine solche Dumping-Konkurrenz will ich nicht.

Tatsache ist, dass in den vergangenen Jahren viele tarifvertragliche Regelungen vereinbart wurden, die Öffnungs-, Härte- oder Kleinbetriebsklauseln enthalten. Danach können die Betriebspartner - zum Teil mit, zum Teil ohne Zustimmung der Tarifparteien - von Tarifregelungen abweichen. Die Tarifparteien haben damit bewiesen, dass sie in der Lage sind, eigenverantwortlich flexible, branchenspezifische Regelungen zu treffen.

Die Stärke der deutschen Wirtschaft ist auch das Ergebnis einer funktionierenden Tarifautonomie und Mitbestimmung. Darum ist es ökonomisch falsch und gesellschaftspolitisch so entlarvend, wenn CDU und CSU das Günstigkeitsprinzip ändern, den Kündigungsschutz aufweichen und die Betriebsverfassung wieder auf den Stand der 1980er-Jahre zurückbringen wollen. Ein solches Roll-back können nur Gewerkschaften und SPD verhindern.

Die PISA-Studie mit ihren durchweg schlechten Ergebnissen für Deutschland hat die Notwendigkeit einer forcierten Bildungspolitik schlagartig deutlich gemacht. Was kann, was wird, was soll Landes- und Bundespolitik tun?

„PISA“ hat unserem Bildungssystem insgesamt schlechte Noten erteilt. Besonders alarmierend ist für mich, dass in keinem anderen Land die soziale Herkunft so sehr über Bildungsweg und Leistungen entscheidet.

Unser Ausbildungssystem schafft es nicht, unterschiedlich verteilte Startchancen genügend auszugleichen. Deshalb müssen wir alles tun, um gleiche Startchancen für alle Kinder zu erreichen, statt kleinliche Vergleiche zwischen einzelnen Bundesländern anzustellen.

Deshalb haben wir den Ländern unsere Unterstützung für eine umfassende Reform des Bildungssystems angeboten. Bis 2007 werden wir im Rahmen des Programms „Zukunft Bildung und Betreuung“ insgesamt 4 Milliarden Euro für den Ausbau der Ganztagsbetreuung zur Verfügung stellen. Das Geld ist im Finanzplan des Bundes bereits fest eingeplant. Rund 10.000 Ganztagschulen können damit zusätzlich in den nächsten Jahren bundesweit eingerichtet werden. Ganztagschulen geben mehr Zeit für das Lernen und machen eine gezielte individuelle Förderung von Talenten und Begabungen erst möglich. Voraussetzung ist allerdings ein klares pädagogisches Konzept und qualifiziertes Personal: Ganztagschulen müssen mehr sein als Schulen mit Freizeitangebot am Nachmittag.

Für mich ist weiterhin klar: Wir brauchen ein nationales Rahmengesetz, in dem wir Standards definieren, die in allen Bundesländern gleichermaßen verbindlich sind.

Um unser Bildungssystem möglichst rasch auf höchstes Niveau zu bringen - unser Ziel ist, in zehn Jahren unter den ersten fünf Bildungsnationen zu sein - müssen aber auch Länder und Gemeinden ihren Beitrag leisten. Lernen fängt nicht erst in der Schule an. Länder und Kommunen müssen daher den Bildungsauftrag der Kindergärten und Horte wieder stärker in den Blick nehmen. Dafür ist mehr und vor allem pädagogisch qualifiziertes Personal notwendig. Auch die Durchlässigkeit des Ausbildungssystems muss erhöht werden.

Die wichtigste Konsequenz aus „PISA“ heißt für mich: fördern statt selektieren. Soziale Herkunft darf nicht über die Bildungszukunft des Einzelnen entscheiden. Der „bayrische Weg“, nur 20 Prozent eines Jahrgangs zum Abitur zu führen, kann für uns kein Vorbild sein. Ich will den Anteil an hoch qualifizierten Abiturienten und Studenten eines Jahrgangs in den nächsten fünf Jahren auf 40 Prozent erhöhen. Nur so können wir den künftigen Fachkräftebedarf abdecken und im weltweiten Innovationswettbewerb bestehen.

Sehr viele Menschen wünschen sich mehr direkte Beteiligungsmöglichkeiten und mehr Mitbestimmung, etwa im Arbeitsleben, aber auch in der kleinen und großen Politik. Wie kann die Politik diesen Wünschen entgegenkommen?

Ich halte es für ein Zeichen einer starken und lebendigen Demokratie, wenn sich möglichst viele Bürgerinnen und Bürger für ihr Gemeinwesen engagieren. Die Weichen hierzu haben wir in dieser Legislaturperiode gestellt. Wir haben das bürgerschaftliche Engagement gestärkt. Ehrenamt ist für mich insbesondere auch die Arbeit der vielen Kolleginnen und Kollegen in den Betriebsräten. Das ist eine wichtige Form des zivilgesellschaftlichen Engagements. Deswegen haben wir mit dem neuen Betriebsverfassungsgesetz die Bedingungen für die Teilhabe der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an den betrieblichen Entscheidungsprozessen auch deutlich verbessert.

Aber auch bei den direkten Beteiligungsmöglichkeiten haben wir Wort gehalten. Wir wollten die demokratischen Teilhaberechte der Bürgerinnen und Bürger stärken und deswegen Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid auf Bundesebene einführen. Wir haben hierzu einen Gesetzentwurf vorgelegt. Ich bedauere sehr, dass CDU und CSU die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit im Bundestag blockiert haben.

Sie gehören jener Generation an, die in den 1960er-Jahren gegen das Beschweigen der NS-Vergangenheit, gegen charakteristische Verkrustungen in Gesellschaft und Politik demonstriert hat. Viele Vertreter dieser Generation haben dann den „Marsch durch die Institutionen“ angetreten und einige haben mit dem Wahlsieg von 1998 gegen Kohl die politischen Schlüsselpositionen in Deutschland übernommen. Sind die politischen Ziele damit erreicht oder stehen noch Projekte politischer oder gesellschaftlicher Gestaltung aus?

Zunächst einmal stand ja im Zentrum dessen, was Sie da beschreiben - der so genannten „68er-Bewegung“ - die Emanzipation der Menschen. Also die Befreiung von Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnissen in der Gesellschaft, in der Familie, aber auch international. Dieses Ziel weist ja ein bisschen ins Jenseitige, Paradiesische; man wird also nie davon sprechen können, es hier auf Erden dadurch erreichen zu können, dass eine Generation von der anderen die politischen Schlüsselpositionen übernommen hat.

Aber wenn wir einmal von der Utopie heruntergehen und uns den Niederungen der Politik zuwenden, dann muss man doch feststellen, dass Beachtliches erreicht worden ist. Das betrifft keineswegs nur die Regierungspolitik, sondern die Veränderungen in der Gesellschaft und ihren Institutionen überhaupt. Nehmen Sie nur das vielleicht wichtigste Kriterium: die Veränderung der Rolle der Frauen. Wie bedeutsam das ist, sieht man ja schon daran, dass der Begriff „Emanzipation“ heute fast gar nicht mehr verwendet wird, ohne ihn mit

dem Wort „Frauen“ zu verbinden. Und auf diesem Gebiet hat sich in den letzten 30 Jahren nun wirklich Entscheidendes getan.

Es lässt sich sicher behaupten, dass von allen Anliegen, die um 1968 mit erheblichem Nachdruck vorgebracht wurden, die Forderung nach Gleichberechtigung der Frauen der Einlösung noch am nächsten gekommen ist. Man muss sich ja nur vor Augen führen, dass selbst die Union heute eine „Frauenquote“ hat. Aber es geht bei der Emanzipation ja nicht allein um Quoten und verbrieft Gleichstellungsrechte, sondern mindestens genauso sehr um ein gesellschaftliches Bewusstsein und um rechtliche Rahmenbedingungen. Deswegen haben wir zum Beispiel das Recht auf Teilzeitarbeit durchgesetzt; auch die Hochschulreform ist so zugeschnitten, dass sie vor allem den jungen, qualifizierten Frauen an den Universitäten bessere Durchsetzungsmöglichkeiten verschafft.

Und schließlich versuchen wir mit unserer Bildungs- und Familienpolitik, die Bedingungen so zu setzen, dass Frauen sich zwischen Kindern und Karriere gar nicht erst entscheiden müssen.

Natürlich hat das Aufrütteln von 1968 auch auf anderen Politikfeldern Erfolge gehabt. Wir haben die Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte in der Arbeitswelt, aber auch in der Politik kräftig gestärkt, Diskriminierungen abgebaut bis hin zur weitgehenden Gleichstellung nicht-ehelicher und gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften. Wir haben heute ein anderes Staatsbürgerschaftsrecht, das nicht mehr auf dem wilhelminischen „Blutprinzip“ basiert, und wir haben ein klares Bekenntnis zu gesteuerter Zuwanderung und Integration, dem sich, bei allem Getöse, auch die Konservativen heute nicht mehr verschließen können. Der Wert einer starken Zivilgesellschaft und ein Staatsverständnis, das mit dem Obrigkeitsstaat gebrochen hat, sind heute anerkannte Normen, die uns bei unseren Reformen Orientierung sind. Was die internationalen Beziehungen angeht, sind Krisenprävention, Konfliktregelung durch den Aufbau starker, demokratischer Institutionen, Schuldenerlass für die Ärmsten, aber auch Abrüstungspolitik klare Leitlinien sozialdemokratisch geführter Regierungen.

Dieser Politikwechsel auf so verschiedenen Gebieten hat eine Tradition, die sicher mit der ersten Regierung von Willy Brandt begonnen hat, die durch die Kohl-Jahre allenfalls verlangsamt, aber nicht wirklich umgekehrt werden konnte, und die wir zügig weitergeführt haben und weiterführen. Insofern ist unser politisches „Projekt“ heute, auch durch den Generationswechsel, sehr viel stärker in der Mitte der Gesellschaft „angekommen“. Aber mehr Freiheit, mehr Demokratie, mehr Gerechtigkeit und mehr Selbstbestimmung müssen gerade unter den rasant veränderten internationalen Bedingungen - Stichwort: Globalisierung - immer wieder neu und immer wieder weiter durchgesetzt werden. Wir müssen uns im Klaren darüber sein, dass alles, was wir an Fortschritt und Gerechtigkeit erreicht haben, niemals endgültig gesichert ist. Das muss bewahrt und verteidigt werden.